Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 289. Mittwoch den 15. October 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die persönliche Anlage für die evangelisch-lutherischen Kirchen in Leipzig betreffend.

Der auf

den 15. October dieses Jahres

ausgeschriebene zweitterminliche Betrag der persönlichen lutherischen Kirchenanlage ist mit **vierzig Procent des aus der Einschätzung zur staatlichen Einkommensteuer sich ergebenden einfachen städtischen Steuersatzes zu erheben.**

Es werden deshalb die Beitragspflichtigen aufgefordert, ihre Beiträge binnen drei Wochen, von dem Termine abgerechnet, an die Stadt-Steuereinnahme zu entrichten, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen das Beitreibungsverfahren eingeleitet werden wird.

Leipzig, den 13. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,
die städtische Einkommensteuer betreffend.

Der **zweite** Termin der städtischen Einkommensteuer ist am 15. October dieses Jahres **mit dem dreieinhalbfachen Betrage des einfachen Steuersatzes fällig.**

Die Beitragspflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge spätestens binnen drei Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, **Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3, parterre links,** bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, den 13. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 20. dieses Monats, wird mit Legung von Gasröhren und Trottoirs in der **Grimmaischen Straße** begonnen werden, und es macht sich hierbei nöthig, zeitweilig die Zugänge zur **Universitätsstraße**, zum **Neumarkte** und zur **Petersstraße für den Fahrverkehr zu sperren.** Die Arbeiten an diesen Stellen werden mit thunlichster Beschleunigung, beziehentlich des Nachts, ausgeführt werden, so daß die Sperrung auf möglichst kurze Zeit beschränkt wird.

Leipzig, am 6. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung,
die Beschaffenheit der Droschkengeschirre betreffend.

Nachdem wahrzunehmen gewesen, daß die Bestimmungen in §. 6 des Droschkenregulatives vom 5. October 1883, wonach die Droschken stets anständig ausgeschlagen, bez. mit reinlichen Ueberzügen versehen sein und sich ebenso wie die Geschirre der Pferde in durchaus gutem Stande befinden sollen, keineswegs allenthalben in gehöriger Weise beobachtet werden, so sieht sich das Polizeiamt zur Beseitigung dieses Uebelstandes und zugleich behufs allmäliger Herbeiführung einer gewissen Gleichartigkeit der Droschkengeschirre, gestützt auf §. 6 Abs. 3 des Droschkenregulatives, veranlaßt, nach Gehör des Droschkenvereins-Vorstandes folgende Anordnungen zu treffen:

1) Die **Geschirre der Droschkenpferde** haben dem beim Polizeiamt ausliegenden Probegeschirre zu entsprechen und sollen bestehen aus Spitzkummet oder englischem Kummet, Seitenblättern von Leder mit kurzem schwarzen Hanfstrang, Sprenggurt mit Zügelringen und Hinterzeug. Einzelne Abweichungen hiervon sind nur zulässig, soweit dies die Beschaffenheit des Pferdes unbedingt nöthig macht.

Die jetzt in Gebrauch befindlichen Geschirre, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, können zwar noch vollends abgenutzt werden, doch sind bei etwaigen Reparaturen die erforderlichen Abänderungen, soweit möglich, alsbald anzubringen.

2) Bei **Neulackirungen von Droschken** ist eine dunkelblaue Farbe zu wählen. Die zur Verzierung dienenden schmalen Farbenstriche an den Kanten u. s. w. sind gelb zu halten.

3) Zum **inneren Ausschlag** der Droschken ist in Zukunft ausschließlich dunkelblaues Tuch von hinlänglich guter und dauerhafter Beschaffenheit zu verwenden. Die Sitzkissen sind am Rande mit Borde oder Schnure einzufassen.

Die zur Zeit vorhandenen anderen Ausschläge, insbesondere Plüschausschläge, können bis zu ihrer Abnutzung noch beibehalten werden.

4) Nachgelassen ist das Anbringen von besonderen **leinenen Ueberzügen** über die Sitzkissen und die Rückenpolster. Doch müssen diese Ueberzüge von dauerhaftem, blau und weißgestreiftem Stoff nach der beim Polizeiamt ausliegenden Probe hergestellt und in genügender Weise (nicht durch bloßes Aufstecken) befestigt, überdies aber jederzeit durchaus reinlich sein.

Ueberzüge, welche aus anderem Stoff hergestellt, aber bereits jetzt in Gebrauch sind, können bis zu der im nächsten Frühjahre stattfindenden Generalrevision der Droschken aufgebraucht werden.

Lose auf die Kissen gelegte sog. **Schutzdecken,** welche sich bei Benutzung der Droschke sofort zusammenschieben, dürfen vom 1. November d. J. **nicht** mehr geführt werden.

5) Die in der Droschke anzubringenden **Fußdecken** sind, wenn nicht der Stoff derselben ein Zusammenrollen oder Zusammenschieben von selbst ausschließt, mittelst Knöpfen oder in anderer Weise gehörig zu befestigen.

6) Die **Schooßleder** müssen gefüttert und gehörig eingefaßt sein.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach §. 51 des Droschkenregulatives vom 5. October 1883 bestraft.

Leipzig, den 10. October 1884.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Bekanntmachung.

Am 28. vorigen Monats, Mittags 12 Uhr, wurde im Pleißenflusse, oberhalb der sogen. Kuhpollbrücke, der Leichnam eines bis jetzt unbekannt gebliebenen, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden und nachstehend signalisirten Mannes, welcher ungefähr 14 Tage im Wasser gelegen haben mochte, aufgefunden und polizeilich aufgehoben.

Wir bitten um schleunige Mittheilung, falls Jemand über die Persönlichkeit des Verstorbenen Aufschluß zu geben im Stande sein sollte.

Leipzig, den 10. October 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. S.

Signalement.

Alter: ungefähr 30 Jahre alt; Größe: 1.74 Meter; Haare: dunkelblond; Stirn: niedrig; Augenbrauen: dunkel; Nase, Mund und Kinn: gewöhnlich; Bart: blonder Schnurrbart; Zähne: gut; Gesicht: länglich und voll; Gestalt: kräftig.

Bekleidet war der Todte mit einem dunkelbraunen Jaquet mit braunen Hornknöpfen, dunkelblauer Stoffhose, graugestreiftem Barchenthemd, weißem Vorhemdchen mit Kragen, blauseidenem Shlips, grauen baumwollenen Strümpfen und rindsledernen Stiefeln.

In den Taschen befand sich ein buntes ungezeichnetes Taschentuch, 1 Schlüssel und 1 Taschenmesser.

Erledigt hat sich die von uns unter dem 6. d. Mts. erlassene, den aus dem Georgenhause weggebliebenen Handarbeiter **Christian Friedrich Börner** aus Lengenfeld betreffende Bekanntmachung.

Leipzig, am 11. October 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. S.

Zahnärztliches Institut der Universität,
Goethestraße 5, I.

Das zahnärztliche Institut wird Donnerstag, den 16. d. Mts. eröffnet.

Dasselbe ist einerseits dazu bestimmt, zahnärztliche Hilfe jeder Art gegen ermäßigte Honorare zu bieten, andererseits Studirende der Zahnheilkunde in allen Zweigen dieses Faches zu unterrichten.

Die Anstalt wird täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 1 bis 5 Uhr geöffnet sein.

Leipzig, den 14. October.

Prof. Dr. Hesse,
Director des zahnärztlichen Instituts.

Bekanntmachung.

Das den hier bevormundeten Geschwistern **Reinhardt** gehörige, allhier an der Weststraße Nr. 65 gelegene und auf Fol. 268 des Grund- und Hypothekenbuchs für Leipzig Amtsantheil eingetragene Hausgrundstück, welches am 2. August d. J. auf 99,000 ℳ gewürdert worden ist, soll

den 20. October 1884, Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 103, öffentlich versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen und die Beschreibung des Grundstücks sind aus dem an Gerichtsstelle aushängenden Anschlage zu ersehen.

Leipzig, am 25. September 1884.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung V., Section 3.
Schenkel. S.

Auction.

Im Auctionslocale des Königlichen Amtsgerichts hier sollen

Donnerstag, den 16. October d. J., Vormittags 10—12 und Nachmittags 3—6 Uhr,

ca. 40,000 Stück Cigarren, 600 Packete Tabak, 1200 leere Cigarrenkisten, 1 Ladentafel, 2 Ladenregale, 1 Actenkasten, 2 Cigarrenpressen, 19 Rahmen, 60 Formen, ferner 1 große Cylinder-Tiegel-Druckpresse, 1 großer Geldschrank, 1 Doppelschreibpult, 10 Ballen Strohpapier, 4 Ballen Tonnenpapier, 14 Ries Büttenpapier, eine größere Partie Düten und Beutel, sowie verschiedene Fässer Spirituosen als: Nordhäuser, Kümmel, Rum, Pfeffermünze und verschiedene andere Gegenstände meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 13. October 1884.

Handtrag, Gerichtsvollzieher.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Gastwirths **Paul Auner in Jeßnitz i/A.** ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

den 11. November 1884, Vormittags 10 Uhr

vor dem Herzoglichen Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Jeßnitz, den 13. October 1884.

(L. S.) **Wiebach,** Bureau-Assistent,
i. V.: Gerichtsschreiber des Herzoglichen Amtsgerichts.

Nichtamtlicher Theil.

Die Parteiverhältnisse in England.

* Nach allen aus London vorliegenden Nachrichten ist es zweifellos, daß die beiden großen politischen Parteien Englands ihre letzten Anordnungen für den bevorstehenden parlamentarischen Kampf getroffen haben. An Lebhaftigkeit wird derselbe diesmal nichts zu wünschen übrig lassen, weil, zumal in der Jüngstzeit, das liberale Cabinet bezüglich seiner inneren und auswärtigen Politik allerlei Verpflichtungen übernommen hat.

Im Hinblick auf die conservative Oppositionspartei wird es sich nun vor Allem fragen, ob dieselbe im Laufe der Zeit im Lande wirklich so an Kraft und Rückhalt gewonnen hat, wie es ihre publicistischen Organe täglich versichern; wenn dies begründet sein sollte, dann hätte die Opposition gegenwärtig Gelegenheit, an einer ganzen Reihe wichtiger Interessenfragen die Macht der conservativen Grundsätze zu erproben und das Ministerium Gladstone zu einer parlamentarischen Hauptschlacht zu zwingen.

Bemerkenswerth ist indeß, daß Mr. Gladstone bezüglich seiner auswärtigen Politik den Vorstellungen und Ermahnungen der conservativen Blätter wenig oder keine Beachtung geschenkt hat; er geht unbekümmert seine eigenen Wege, ja, was namentlich die egyptische Frage betrifft, so ist er gegenwärtig an einem Puncte angelangt, der leicht allerlei bedenkliche internationale Conflicte im Gefolge haben kann. Es mangelt daher nicht an Beschuldigungen, daß Gladstone's Politik England isolirt und dasselbe in eine unmögliche Lage versetzt hat.

Die innere Politik bewegt außer der irischen Frage zumal die Wahlreform, die ihrer principiellen Bedeutung wegen und im Hinblicke auf die Haltung des Oberhauses zu einer Existenzfrage des Ministeriums und der liberalen Partei geworden ist; das wissen natürlich die Conservativen, weshalb sie an alle ihre Parteifreunde und Anhänger die dringende Mahnung ergehen lassen, ihre ganze Widerstandskraft gegen die Absichten und Pläne des Cabinets einzusetzen und am Tage der Hauptschlacht mit keinem Mann zu fehlen. Andererseits scheint es aber, daß Gladstone heute weniger denn je geneigt ist, an die Möglichkeit einer parlamentarischen Niederlage zu glauben, während die Conservativen den Dingen, welche die Nächstzeit bringen soll, gerade nicht besonders vertrauensselig entgegensehen. Daraus erklärt sich vielleicht auch, daß jetzt in der englischen Presse fast jeden Tag neue Nachrichten bezüglich außerparlamentarischer Compromiß-Verhandlungen auftauchen, welche auf eine Milderung der in Aussicht stehenden parlamentarischen Zusammenstöße berechnet sind und von einer Seite empfohlen werden, die nur das Interesse verfolgen kann, den Conservativen ihre Niederlage, aber keineswegs den Liberalen ihren Sieg zu erleichtern. Dabei kann sich der objective Beobachter nicht verhehlen, daß die öffentliche Meinung in England bezüglich der Gladstone'schen Politik eine ganz entgegengesetzte Anschauung zum Ausdrucke bringt als diejenige, welche seit Jahr und Tag auf dem Festlande, zumal in manchen deutschen Blättern cultivirt wird. Es scheint sogar, als ob die egyptische Politik Gladstone's, seitdem sie in Berlin Bedenken erregt, in England selbst im Lager ihrer parlamentarischen Gegner moralische Eroberungen gemacht hätte; diese Anschauung äußert sich in der öffentlichen Meinung so mächtig, daß die conservative Partei es gar nicht mehr wagt, sich der egyptischen Frage als eines Agitationsmittels zu bedienen.

Ueberhaupt ist es bezüglich der letzteren in der conservativen Presse Englands fast ganz still geworden. Diese Pause ist um so bedeutungsvoller, als sie dem englischen Volke Gelegenheit bietet, über den Wandel der Dinge im Sudan nachzudenken, welche früher bezüglich ihrer Folgen von den Gegnern Gladstone's in so schreckhafter Weise geschildert wurden. Man muß es der Wahrheit und den Thatsachen gemäß gestehen, daß das Ergebniß jener schlimmen Vorhersagungen auf ein ziemlich beschränktes Maß zusammengeschrumpft ist. Alle Engländer, ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung, müssen sich beispielsweise heute sagen, daß der Sturm, den die conservative Oppositionspresse bezüglich des schon mehrmals todtgesagten Generals Gordon erhoben, ganz glücklich beschworen worden ist. Seit Gordon in Khartum thatsächlich befreit, fühlt sich ganz Egypten vor den Einfällen des Mahdi sicher und England befindet sich in der Lage, seine politischen und militairischen Operationen gegen den Sudan vorzubereiten. Wolseley ist bereits auf dem Wege, um die Ruhe im Sudan herzustellen, während in Kairo ungeschmälert der englische Einfluß herrscht. In welchem Maße sich dieser dort geltend macht, das hat den Engländern der Staatsstreich Nubar's bewiesen, an welchen sich verschiedene französische Preßstimmen knüpften, welche unschwer durchblicken ließen, daß ihnen die steigende Macht Englands in Egypten nicht angenehm ist.

Im Hinblicke auf die Fragen der inneren englischen Politik sind die Aussichten der Conservativen als fast noch bedenklicher zu bezeichnen. Durch den erbitterten Widerstand des Oberhauses ist die Wahlreform zu einer jener großen Fragen geworden, welche das gesammte politische Leben Großbritanniens bewegen. Die englische Verfassung ruht bekanntlich auf unerschütterlichen Grundlagen, ist aber der Form und dem Geiste nach conservativ; sie besitzt aber dennoch eine Entwickelungsfähigkeit, die noch niemals versagt und jeder Erweiterung des nationalen Lebens Rechnung getragen hat. Die Reformen, welche die Geschichte des englischen Parlamentarismus aufweist, sind alle aus gewissen Gesellschaftsclassen hervorgegangen, welche den verfassungsmäßigen Apparat beherrschen, aber die darauf bezüglichen Kämpfe waren oftmals langjährige und erbitterte. Die Fortschrittsideen haben aber schließlich in der Regel stets gesiegt, weshalb auch eine so hochwichtige Frage, wie die Wahlreform, trotz aller Gegenbestrebungen der Conservativen, des Sieges gewiß sein dürfte. Trägt doch ihre ganze bisherige Opposition, zumal in der Jüngstzeit, ganz deutlich den Stempel, daß es sich für sie im Wege allerlei Vorschläge und Ränke mehr um eine Verschleppung der Reform, als um eine thatsächliche Verhinderung derselben zu handeln scheint. So sollen neuestens, wie wir schon an anderer Stelle berichteten, mehrere tonangebende Mitglieder des englischen Oberhauses bezüglich der Wahlreformfrage einem Compromiß nicht abgeneigt und bereit sein, die Wahlreform-Vorlage anzunehmen, wenn der Neuvertheilungsplan vorgebracht und als ehrliche, vernünftige Maßregel befunden wird. Dagegen scheint die Regierung, wie aus einer Rede hervorgeht, die der Minister des Innern, Sir W. Harcourt, vor seinen Wählern in Derby gehalten hat, ihre Haltung in Bezug auf die brennende Tagesfrage nicht geändert zu haben, vielmehr entschlossen zu sein, die Wahlreformbill durchzusetzen und nicht vor der Opposition die Waffen zu strecken. Lord Salisbury's Ansinnen, daß vor der Annahme der Wahlreformbill ein Plan für die Neueintheilung der Wahlsitze Gnade vor Augen des Oberhauses gefunden haben müsse, bezeichnete der Minister, dessen Rede von besonderer Bedeutung ist, weil sie die erste ministerielle Auslassung seit den jüngsten Cabinetsberathungen ist, als ungeheuerlich. Die Regierung werde kein Compromiß annehmen, welches das Schicksal der Wahlreformbill von der Billigung der Neueintheilung der Wahlsitze seitens des Oberhauses abhängig mache.

Das ist die neueste Kriegserklärung, die Mr. Gladstone an die Opposition richtet, vor der er alle Bangigkeit verloren zu haben scheint.

Leipzig, 15. October 1884.

* Die „Koblenzer Zeitung" ist in der Lage, nachträglich folgenden Allerhöchsten Erlaß zu veröffentlichen:

Ich habe — nachdem Ich leider die drei Feldmanöver der diesjährigen großen Herbstübungen nicht habe sehen können — die Truppen des 8. Armeecorps sowohl bei der großen Parade, wie bei dem Corpsmanöver in einem Blick durch Ausbildung, Haltung und Ausrüstung sehr befriedigenden Zustande gefunden, so daß Ich alle Veranlassung habe, Ihnen hierdurch Meine lebhafte Anerkennung und Meine volle Zufriedenheit auszusprechen. Ich weiß, welcher Fleiß und welche Ausdauer dazu gehört, um ein so gutes Resultat zu erreichen, und darum danke Ich vor Allem Ihnen, dessen Commandoführung des Armeecorps Ich mit wahrer Freude so erfolgreich beginnen sehe — und demnächst allen Generalen und Officieren recht warm und aufrichtig für Alles, was sie für die Förderung der Ausbildung der ihnen unterstellten Truppen gethan haben.

Die in der Anlage enthaltenen Auszeichnungen und Beförderungen, unter welchen Ich Ihnen selbst in Bethätigung Meiner Anerkennung den Rothen Adlerorden erster Classe mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe und dem Emaillebande des königlichen Kronenordens verleihe, ersuche Ich Sie bekannt zu machen und auch den Mannschaften Meine volle Zufriedenheit mit ihren Leistungen zu erkennen zu geben. Ueber die Feldmanöver, betreffs deren Mir sowohl bezüglich der Führung wie der Ausbildung der Truppen recht Günstiges berichtet ist, behalte Ich Mir nach Einsicht der näheren Berichte noch vor, Ihnen Meine Bemerkungen zugehen zu lassen.

Ich scheide von dem Armeecorps mit der Ueberzeugung, daß dasselbe durchaus kriegstüchtig allen Anforderungen gewachsen ist, und Ich scheide auch mit der Zuversicht, daß dem Armeecorps das Gefühl der erlangten vollen Zufriedenheit seines Königs eine fortdauernde Anregung sein wird, das erreichte Gute festzuhalten und dabei unablässig nach weiterer Vervollkommnung zu streben.

Brühl, 23. September 1884. gez. Wilhelm.

An Meinen Generaladjutanten, Generallieutenant Freiherrn v. Loë, commandirenden General des 8. Armeecorps.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" polemisirt in einem hochofficiösen Leitartikel in folgender Weise gegen die Londoner „Times":

Die „Times" bringt einen Artikel über Nordschleswig, dem wir Folgendes entnehmen:

„Obschon die Atmosphäre der dänischen Hauptstadt nicht gerade geeignet ist, die Dimensionen des administrativen Despotismus der Deutschen zu verkleinern, so sind die Darstellungen unseres Correspondenten in ihren Hauptzügen doch zu wahrscheinlich, als daß sie keinen Glauben verdienen sollten. Die preußischen Beamten in Schleswig sind so geartet, daß sie Auslassungen von Aversion der Bevölkerung gegen ihre Suprematie ahnden und hart bestrafen. Im Hauptquartier zu Kiel würde ihre Härte als nichts Argeres denn ein Uebermaß von Pflichteifer angesehen werden. In Berlin, wo vielleicht keine Nachsicht und kein Haß gegen die unterdrückte Bevölkerung Nordschleswigs herrscht, existirt die Ansicht, daß die Acclimatisirung neuer deutscher Unterthanen gar nicht zu scharf und hart durchgeführt werden könne; die deutsche Beamtenwelt und ein überwiegender Theil der Bevölkerung Deutschlands sind vollständig davon überzeugt, daß die Annexion für Schleswig eine Wohlthat ist und um Schleswigs willen peremptorisch durchgeführt werden muß. Das ist deutsche Ansicht, die an und für sich nicht unrichtig ist."

Weiter heißt es dann:

„Das dänische Schleswig hat, wie man uns sagt, im deutschen Reiche Niemanden, an den es appelliren könnte. Der einzige Gerichtshof, der seinen Hilferufen offen steht, ist das Tribunal der öffentlichen Meinung Europas. Die dänische Race ist hart behandelt worden. Das dänische Regiment ist nicht schuldlos an dem Kriege von 1864 gewesen; dasselbe hat seine Macht im deutschen Holstein und Schleswig in ähnlich derselben Weise ausgeübt, wie ein jetzt Preußen im dänischen Schleswig thut. Das gebe, was unparteiische Europa aber würde helfende Hand anlegen, wenn es die Consequenzen der Quälen, die die verstümmelte dänische Nation erdulden muß, lindern könnte. Niemand jedoch, und selbst nicht die beleidigten Dänen, wird den Wunsch hegen, daß die Sympathien Europas sich in der Gestalt einer Demonstration mit bewaffneter Macht geltend machen sollen, sondern nur der moralische Einfluß ist es, von dem die Rede sein kann. Doch nicht der moralische Einfluß in activer Form darf dies sein; denn ein solcher ist von den Nationen als beinahe so ungeeignet und unwirksam erkannt worden, wie die bewaffnete Intervention; ein Appell an die öffentliche Meinung Europas seitens der Dänen ist Dasjenige, was denselben nützlich und förderlich sein könnte. Obgleich Europa nicht daran denkt, deutsche Beamte auf ihre Pflicht hinzuweisen, so würde es doch Deutschland dankbar sein, wenn dieses sich daran erinnern wollte, daß Dänemark und das dänische Schleswig mehr durch die Macht der Umstände als durch eigene Schuld unverhältnißmäßig hart gestraft worden sind. Eine Concession an Dänemark und das dänische Schleswig würde ein Europa gemachtes Zugeständniß sein. Die Klagen der 200 bis 250,000 Dänen im nördlichen Schleswig sind ein Schmerz und ein Leiden (a pain and affliction) für die Ohren Europas. Europa würde es als eine nicht weniger ihm selbst als Dänemark und den dänischen Schleswigern erwiesene Gunst betrachten, wenn die deutschen Machthaber nach Kräften darüber aus wären, die Neigungen der Nordschleswiger zu gewinnen oder dieselben freizulassen. Dänemark selbst ist nicht ohne die Mittel, seine Sache zu fördern, ohne deshalb einen Zoll Landes außerhalb seiner verstümmelten (curtailed) Grenzen zu bewegen, wenn der innere Zwist aufhört, unter dem es leidet. Möge das Nationalunglück, das den dänischen Reichstag aus seinem alten Quartier vertrieben (der Brand des Schlosses Christiansborg) zu einem Segen werden und dahin führen, daß die gesammte Volksvertretung sich an der einmüthigen Arbeit zum Segen für Land und Volk betheiligt."

Wir berichtigen zunächst die Thatsache, daß es sich nicht um 250,000 dänisch redende Einwohner handelt, sondern nur um 100 bis 150,000, denen die entgegengesetzten Interessen von 50,000, namentlich in den Städten, aber auch auf dem Lande mit der dänischen Bevölkerung untermischt wohnenden Deutschen gegenüberstehen. Im Uebrigen erlauben wir uns einfach den „Times" den Spiegel vorzuhalten, wie ein analoger Artikel über Irland in deutschen Blättern sich ausnehmen würde. Das Blatt wird uns zugeben, daß das „Joch der Fremdherrschaft" in Nordschleswig ein außerordentlich mildes ist im Vergleich mit dem in Irland nothwendig gewordenen, und wenn man die „Leiden der Unterdrückten" nach dem Maße ihrer Reaction dagegen beurtheilt, so machen wir die „Times" darauf aufmerksam, daß die Erscheinung agrarischer Mordthaten, der Ermordung von Polizisten und hohen Beamten und Alles dessen, was unter den Begriff „boycotting" fällt, im deutschen Reiche unerhört ist.

Warum sollte das Tribunal der öffentlichen Meinung Europas, welches die „Times" für Nordschleswig anrufen, nicht ebensogut der leidenden Menschheit in Irland offenstehen? Haben wir die dänische Bevölkerung unserer Nordprovinz hart behandelt? Wir gewärtigen den Beweis davon und glauben, daß diese Bevölkerung mit der irischen nicht tauschen möchte. Auch wir sind nicht der Meinung, daß die europäische Sympathie für die leidende Menschheit in Irland sich in Gestalt bewaffneter Macht geltend machen sollte, und Europa denkt nicht daran, sich in die inneren Angelegenheiten des britischen Reiches einzumischen; aber eine Beruhigung Irlands würde ein nicht minder werthvolles Europa gemachtes Zugeständniß sein, als die „Times" es für Nordschleswig annehmen. Die Klagen der neun Millionen Irländer sind „a pain and affliction" für die Ohren Europas. Wir könnten, wenn wir wollten, mit ebensoviel Recht wie die „Times" über Schleswig, sagen, daß Europa es als eine nicht weniger ihm selbst als eine Irland und den Irländern erwiesene Gunst betrachten würde, wenn die englischen Machthaber nach Kräften bedacht wären, „entweder die Neigungen der Irländer zu gewinnen oder dieselben freizulassen."

Wir zeichnen dies Bild nur an die Wand, um unsere Collegen in der City darauf aufmerksam zu machen, daß es heutzutage als ein weiser und in Europa in der Regel sorgfältig beobachteter Grundsatz gilt, sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten nach Möglichkeit zu enthalten. Daß diese Möglichkeit der Enthaltung für das englische Weltblatt in Betreff Schleswigs nicht vorliegen sollte, können wir nicht einsehen. Das Blatt hat sich aber seit Jahren die Aufgabe gestellt, Deutschland zu schulmeistern und zu verletzen und ihm in Europa nach Möglichkeit Feinde zu